

Eise Wee fir Lëtzebuerg: sozial a mënschlech.

Resolutionsentwurf - Landeskongress 2000

"Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind für die LSAP die Grundwerte, die den gesellschaftlichen Fortschritt bestimmen müssen. Diese untrennbar miteinander verbundenen Begriffe geben dem Hoffnungs- und Orientierungsbedürfnis der Menschen ein Ziel. Sie bilden den Massstab für eine bessere Ordnung der Gesellschaft und für unser politisches Handeln.

Die LSAP hat in ihrer langen Geschichte die soziale, wirtschaftliche und politische Gestaltung unseres Landes wesentlich beeinflusst. Ihre Tradition ist gleichzeitig Auftrag für die Zukunft."

(Auszug aus der Grundsatzklärung der LSAP; 1992)

*

Nachdem die Sozialisten bei den 99er Legislativwahlen einen Verlust von vier Sitzen einstecken mussten, vermochten sie bei den Kommunalwahlen nicht nur gegenüber den Nationalwahlen deutlich an Boden zu gewinnen, sondern bauten ihre Position in vielen Gemeinden auch im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 1993 aus. Diese positive Trendwende stellt eine gute Voraussetzung für einen neuen Aufschwung dar.

Nach fünfzehnjähriger Regierungsbeteiligung -nach fünfzehn guten Jahren für Luxemburg- sieht sich die LSAP als stärkste Oppositionspartei vor einer grossen Herausforderung. Luxemburg hat sich in diesen Jahren viel verändert. Aus einem Agrar- und Industriestaat wurde eine Dienstleistungsgesellschaft mit verbesserten Sozialstandards und erhöhter Lebensqualität.

Dennoch ist Luxemburg kein Schlaraffenland. Auch hierzulande ist die Frage der Einkommensgerechtigkeit, der Chancengleichheit aller Bürger und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht immer und überall zufriedenstellend gelöst. Bedingt durch internationale Entwicklungen wie die neoliberale Deregulierungswelle oder die zunehmende Globalisierung der Weltwirtschaft stellen sich immer neue Herausforderungen an die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, an die Bildungspolitik und an den Umweltschutz.

Zudem wird der aktuelle Übergang von der Dienstleistungs- zur Informationsgesellschaft, im Verbund mit dem europäischen Einigungsprozess, in mancher Hinsicht zu einem Umbruch führen. Mutige politische Entscheidungen und gesellschaftliche Visionen, die konkrete Lösungen liefern, werden gefragt sein.

Die LSAP ist in der Lage, auf Bewährtem aufzubauen, um auch und gerade in Zeiten des Umbruchs neue Wege zu beschreiten: kämpferisch und solidarisch für den Fortschritt in der Gesellschaft und den Ausbau der sozialen Gerechtigkeit. Unser Ziel bleibt, die Gesellschaft sozialer und humaner und den Staat laizistischer zu gestalten.

Eise Wee fir Lëtzebuerg: ...

"Eise Wee fir Lëtzebuerg" steht für diese menschliche und soziale Gesellschaft, für eine unabhängige, eigenständige politische Standortbestimmung der LSAP auf der Basis von traditionell gewachsenen, sozialistischen Grundwerten und setzt gleichermaßen auf die individuelle wie auf die kollektive Verantwortung, um die gesellschaftliche Entwicklung voranzubringen. Deshalb muss die innerparteiliche Diskussion gefördert und die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit gesellschaftlich engagierten Bürgern, Vereinen und Verbänden vertieft werden, sowie auf allen Ebenen seitens der LSAP Kontakte mit in Luxemburg vertretenen, ausländischen Schwesterparteien aufgenommen werden.

Die LSAP richtet einen eindringlichen Appell an all ihre Mitglieder sowie an die fortschrittlichen Kräfte unseres Landes, durch eine lebendige Streitkultur das vorhandene Reformpotential unserer Gesellschaft zu bündeln, um eine Neuordnung der politischen Prioritäten herbeizuführen und den Versuchen der rechtsliberalen CSV/DP-Regierung, sozialen und gesellschaftlichen Still- respektive Rückstand zu betreiben, entgegenzuwirken.

sozial, ...

Der Sozialstaat ist die modernste und gerechteste Form menschlichen Zusammenlebens. Die Politik muss weiterhin ihrer Verantwortung gerecht werden, damit soziale Gerechtigkeit garantiert und Arbeitsrechte ausgebaut, der Zugang zu Ausbildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, ausreichendem Einkommen und Kultur gewährleistet sowie dem Aushöhlen des öffentlichen Dienstes getrotzt wird.

Der freie Markt hat sich als System zur Organisation der Wirtschaft durchgesetzt. Der freie Markt stellt allerdings keinen Selbstzweck dar. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit allein darf nie zur übergeordneten Norm erhoben werden. Der Staat hat die Pflicht, regulierend einzugreifen und eine gerechte Umverteilungspolitik zu betreiben. Das Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft ist zu gewährleisten.

Neoliberale Deregulierungsversuche stellen einen Angriff auf die Würde des Menschen dar. Deshalb bekennen die Sozialisten sich eindeutig zur Arbeitsgesellschaft, welche sich, im Gegensatz zur Marktgesellschaft, in den Dienst des Menschen stellt und durch die Bereitstellung von genügend sozial abgesicherter und humaner Arbeit sowie dem Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung jedem Menschen ein tatsächliches Recht auf Autonomie garantiert.

Der Sozialstaat und die Arbeitsgesellschaft sind desweiteren untrennbar mit dem Gerechtigkeitsprinzip und dem Solidaritätsgedanken -innerhalb aber auch und gerade zwischen den Generationen- verbunden. Nachhaltige, zukunftsfähige Politik muss deshalb der Jugend oberste Priorität einräumen und einen neuen Generationenvertrag anbieten, der alle Bürger für das Solidaritätsprinzip zu begeistern vermag.

Solidarität muss sich auf die Völker der dritten Welt erstrecken. Durch eine weitgehende menschliche und materielle Investition in die Wirtschaft der armen Länder sichern wir schlussendlich unsere eigene Zukunft ab.

menschlich.

Die LSAP steht gleichfalls für eine menschlichere und tolerantere Gesellschaft ein, für einen demokratischen Rechtsstaat, der die Grundwerte Freiheit und Gleichheit in allen Teilbereichen des gesellschaftlichen Lebens verwirklicht und verteidigt. Die LSAP will eine Gesellschaft, in der es keine soziale Ausgrenzung gibt, in der Diskriminierungen jedweder Art ausgeschlossen sind, die die Gleichstellung von Ausländern und luxemburgischen Staatsbürgern vorantreibt, die sich zur internationalen Solidarität bekennt und in der der gesellschaftspolitische Fortschritt oberste Priorität genießt. Die Politik der Chancengleichheit, insbesondere zwischen Frauen und Männern, muss weiter vorangetrieben, die Mitbestimmung freier und mündiger Bürger resolut ermutigt werden.

Zu einer humaneren Gesellschaft gehört auch der Mut, veraltete und verkrustete Strukturen aufzubrechen. Denn eine lebendige Demokratie lebt von der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitverantwortung und Mitwirkung in einer Gesellschaft, die ihre Strukturen immer wieder kritisch zu überprüfen vermag. Ebenso wichtig wie die im Rahmen der parlamentarischen Demokratie möglichen Eingriffe des Staates über den Weg von Gesetzen und Regelungen sind Eigeninitiativen der Bürger und der zwischen gesellschaftlichen Gruppen gefundene Konsens. Die Sozialisten wollen verstärkt auf die Eigendynamik und Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger, auf individuelle oder kollektive Initiativen setzen, um die

gesellschaftliche Entwicklung voranzubringen. Zu einer humaneren Gesellschaft gehört auch die Förderung eines konsequenten Naturschutzes und einer nachhaltigen Umweltpolitik.

An die Parteileitung ergehen folgende Aufträge:

1. Die Hauptakzente unserer Grundsatzerklärung "E neie Wee fir d'Zukunft" von 1992 sowie unseres Wahlprogramms "Eise Kontrakt mat Lëtzebuerg" von 1999 sind bis zum Kongress 2001 im Sinne der obengenannten Prioritäten zu konkretisieren und in einem Arbeitspapier "Eise Wee fir Lëtzebuerg" zusammenzufassen.
2. Bis zum Kongress 2001 ist ein umfassendes Kommunikationskonzept zu erstellen, welches insbesondere die Teilbereiche Mitgliederbetreuung, Integrierung der ausländischen Mitglieder, Kandidatenrekrutierung, Medienarbeit, politische Bildung, Öffnung der Parteistrukturen auch für Nichtmitglieder sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Sektionen, den Bezirksvorständen, den Unterorganisationen (JS, FS, FCCS, Arbeitskreise), der Parteileitung und der Parlamentsfraktion abdeckt.
3. Im Anschluss an die erfolgreichen Gemeindewahlen vom 10. Oktober 1999 wird der Gemeindepolitik ein hoher Stellenwert eingeräumt werden, dies u.a. um gemeinsame gemeindepolitische Stellungnahmen zu ermöglichen. Die Information und Ausbildung der Mandatäre und der interessierten Mitglieder ist zu verstärken.
4. Diese Modernisierungsarbeiten müssen ihren konkreten Niederschlag auch in statutarischen Änderungen finden. Änderungsvorschläge sollten dem Kongress in spätestens zwei Jahren vorgelegt werden.

Angenommen auf dem ordentlichen Landeskongress vom 30. Januar 2000 in Rümelingen